

Appell vom 27. Oktober 2021

Der Bundesverband Zukunft Fahrrad fordert zum Beginn der Koalitionsverhandlungen: Verkehrswende beschleunigen – Klimaziele erreichen

Der Verkehrssektor steht unter Druck. Mehr Mobilität muss mit weniger CO₂-Emissionen erreicht werden. Innerhalb dieses Jahrzehnts muss der Sektor 42 Prozent seiner Emissionen mindern. Bislang ist nicht erkennbar, wie dieses Klimaziel erreicht werden soll. Die Förderung von E-Autos wird nicht ausreichen. Der wachsende motorisierte Individualverkehr verursacht zudem schwere Unfälle, Stau, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik und verbraucht unverhältnismäßig viel Fläche und Energie. Es ist höchste Zeit, Mobilität entschieden neu zu denken und eine echte Verkehrswende mutig umzusetzen.

Die politischen Entscheidungsträger*innen können die Weichen stellen. Das Fahrrad ist in seiner vielfältigen Ausgestaltung – mit oder ohne Elektroantrieb, als Cargobike oder mit Anhänger – eine einfache und kostengünstige Lösung für viele Anwendungen. Es ist klimafreundlich, ressourcen- und flächeneffizient. Für kurze und mittlere Distanzen ist der Radverkehr ebenso zentral wie als Zubringer und Feinverteiler des öffentlichen Verkehrs. Dank seiner Elektrifizierung ist auch der Transport von Kindern oder Lasten unabhängig von Topografie und physischer Fitness möglich. In der Pandemie hat sich das Fahrrad zudem als flexibles, krisenfestes Verkehrsmittel erwiesen. Die Menschen wollen mehr Fahrrad fahren, verlangen dafür aber zu Recht eine gute und sichere Fahrradinfrastruktur. Damit das Fahrrad sein Potential ausschöpfen kann, ist ein schneller und flächendeckender Ausbau notwendig.

Die Fahrradwirtschaft in Deutschland ist mittelständisch geprägt, tief in ihrer Region verwurzelt und stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Sie zeichnet sich durch ein dynamisches Wachstum und hohe Innovationskraft aus und schafft fast 300.000 sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze vor Ort. Mit den richtigen wirtschafts-, standort- und steuerpolitischen Impulsen kann die deutsche Fahrradwirtschaft noch viel mehr leisten und so Deutschland als global führenden Fahrradstandort weiterentwickeln.

Der Bundesverband Zukunft Fahrrad fordert daher SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf, die Verkehrswende mit den folgenden bundespolitischen Maßnahmen zu beschleunigen:

- Eine Reform des StVG, die Vision Zero, Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzziele mit aufnimmt und ein Leitbild nachhaltiger Stadt- und Verkehrsentwicklung entwirft.
- Eine neue fahrradfreundliche StVO und Verwaltungsvorschrift (VwV-StVO) mit Abschaffung des Begründungszwangs für die Einrichtung von Radverkehrsanlagen und Vorrang für die

Errichtung von Radverkehrsanlagen gegenüber dem ruhenden Kfz-Verkehr sowie Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts.

- Eine bundesgesetzliche Grundlage für das Dienstradleasing per Gehaltsumwandlung und eine Förderung für Unternehmen bei der Implementierung von Mobilitätsbudgets als Alternativen zum Dienstwagen.
- Die Einführung einer kontinuierlichen Cargobike-Förderung auf Bundesebene mit einer Ausweitung der leasingfähigen Kaufprämie auf den privaten Bereich und den Sharing-Bereich sowie auf Anhänger.
- Auflegung eines Förderprogramms „Bike Sharing“ mit dem Ziel von 100.000 Sharing-Fahrrädern bundesweit: Das Angebot muss flächendeckend eingeführt und auch auf Kleinstädte ausgeweitet werden.

Der Bundesverband Zukunft Fahrrad (BVZF) ist ein Zusammenschluss dynamischer und innovativer Unternehmen aller Bereiche der Fahrradwirtschaft: Dienstleister, Hersteller, Start-ups der Digitalisierung, Händler und Zulieferer. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Dienstleistungen. Als neue und etablierte Unternehmen in einem stark wachsenden und sich stetig verändernden Markt haben alle ein gemeinsames Ziel: die nachhaltige Mobilitätswende.

Mehr Informationen unter www.zukunft-fahrrad.org

Kontakt: Andrea Richter | presse@bvzf.org | Tel. 0160 79 58 027